

Übersicht über Zahlungen der Ministerien an McKinsey 2015-2021²²⁷

McKinsey	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Summe
Finanzverwaltung				90.000				90.000
Wirtschaft (Forschung)		110.000						110.000
Wirtschaft						77.568	77.568	155.137
Gesamt		110.000		90.000		77.568	77.568	355.137

Rahmen der Energiewende am Wirtschaftsstandort Österreich^{.224} Warum es hier, entgegen der gesetzlichen Vorgaben, wieder zu einer Direktvergabe kam, konnte die zuständige Ministerin Margarete Schramböck im Untersuchungsausschuss nicht sagen, da sie „in die Beauftragungen nicht direkt involviert gewesen“ sei.²²⁵ Anmerkend sei hinzugefügt, dass die Studie hauptsächlich aus Stehsätzen wie „ÖPNV stärken“, die „Energieeffizienz erhöhen“, „Photovoltaik, Wasser[...]kraft ausbauen“ besteht, sprich aus Erkenntnissen, die seit mindestens 25, 30 Jahren bekannt sind. Welchen Mehrwert diese 128.000 Euro teure Studie für die Steuerzahler*innen haben soll, konnte Schramböck ebenfalls nicht schlüssig erläutern.²²⁶

Ein Staatsfonds für die superreichen Freunde

Mitten aus den Regierungsverhandlungen 2017 erreichte Sigi Wolf eine SMS von Thomas Schmid. Auf dem Bild ist eine Präsentation zur neuen ÖIAG zu sehen. Ein neuer Eckpfeiler soll der Österreich-Fonds sein: „Dividenderlöse reinvestiert. Strategische Beteiligungen zur Standortsicherung, um Know-How und die Zentralen von international wettbewerbsfähigen Unternehmen in Österreich dauerhaft zu sichern“.²²⁸

Der Plan, den sich Schmid und Wolf zusammengereimt haben: Die ÖBIB bzw. ÖBAG sollte die Dividenden, die sie beispielsweise vom Verbund oder der OMV bekommt, einbehalten. Dadurch würden keine Einnahmen ans Budget zurückgeführt werden müssen und die Verwendung der Mittel wäre jeglicher Kontrolle durch das Parlament entzogen. Schmid als zukünftiger Vorstand und der Aufsichtsrat, dem Sigi Wolf als Vorsitzender vorstehen hätte sollen, hätten mit so einem Staatsfonds über Milliarden von Republiksgeldern verfügt.

Sigi Wolf bestätigte vor dem Untersuchungsausschuss die Pläne rundum den Staatsfonds, wollte aber nicht alleine

dafür verantwortlich gewesen sein, freilich ohne weitere Namen zu nennen.²²⁹

Die ÖBAG wurde schließlich um die Jahreswende 2019 ohne Staatsfonds gestartet. Kurz sah einen solchen eher kritisch.²³⁰ Als Ersatz für den Staatsfonds wurde das Beteiligungskomitee installiert. Mitglied ist übrigens Pernal Freund und Boni-Bezieher Michael Mendel.²³¹

Im Hintergrund wurde für den Staatsfonds allem Anschein nach weiter lobbied, und zwar nicht nur von Wolf selbst, sondern auch von René Benko. Am 11. März 2019 schrieb Wolf an Benko, ob es Neuigkeiten bezüglich seines Telefonats „staatsf.“ gebe. Dieser antwortete ihm, er solle ihn anrufen. Gleich neun Tage später erkundigte sich Wolf wieder bei Benko: „any news für unseren Staatsfonds?“²³²

„any news für unseren Staatsfonds?“

Wolf an Benko

Wolf konnte sich bei seiner Befragung im Untersuchungsausschuss nicht an die Situation oder gar den Inhalt des Telefonats zwischen ihm und Benko erinnern. Auch war er unsicher, ob er Benko vom Staatsfonds erzählt hat. Gefragt, worauf sich denn „unser Staatsfonds“ beziehe, antwortete Wolf lapidar: „Es ist ja auch unser Österreich“.²³³ Benko war im Übrigen über Jahre einer der wichtigsten Kunden der Europa-Tochter der russischen Sberbank. Deren Aufsichtsratsvorsitzender Sigi Wolf ist mit Benko freundschaftlich verbunden.²³⁴

René Benko hatte wenige Monate zuvor bereits Erfahrungen mit Staatsfonds als Financiers seines Unternehmens gemacht. Bloomberg berichtete unter Berufung auf einen Informanten, dass Benko im Herbst 2019 die Staatsfonds von Norwegen und Abu Dhabi angezapft hat, im zweiten

Fall durchaus erfolgreich.²³⁵ Diente der geplante Österreich-Fonds also als Investmentfonds für Unternehmen im türkischen Dunstkreis?

Diese Frage konnten wir im Untersuchungsausschuss nicht angemessen weiterverfolgen, da Thomas Schmid die Aussage verweigerte und René Benko als Auskunftsperson erst gar nicht erschien.

Fix erscheint jedoch, dass die Pläne für den Staatsfonds nie ganz in der Schublade verschwunden sind. Noch im Sommer 2019 präsentierte Schmid entsprechende Pläne auf dem *Salzburg Summit*.²³⁶ Seine Nachfolgerin Edith Hlawati kündigte im März 2022 an, Beteiligungen an standortrelevanten Unternehmen eingehen zu wollen, ohne genau zu definieren, was sie darunter versteht.²³⁷

Eine WIFO-Studie kommt übrigens zum klaren Schluss: „In Österreich bestehen weder die Voraussetzungen noch der Bedarf für einen Staatsfonds i. S. der üblichen Definitionen“.²³⁸

„In Österreich besteht kein Bedarf an einem Staatsfonds“

Wifo-Studie